

Die Bedeutung des von China vermittelten Abkommens zwischen dem Iran und Saudi-Arabien - Trita Parsi

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Talia Baroncelli (TB): Hallo, ich bin Talia Baroncelli und Sie sehen theAnalysis.news. In Kürze werde ich mit Trita Parsi über die Vereinbarung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran sprechen, die diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen. Aber zuerst besuchen Sie bitte unsere Website theAnalysis.news und klicken Sie auf die Schaltfläche "Spenden" in der oberen rechten Ecke des Bildschirms. Sie können auch unserer Mailingliste beitreten; auf diese Weise werden Sie über kommende Folgen informiert. Besuchen Sie auch unseren YouTube-Kanal theAnalysis.news und klicken Sie auf die Glocke. Dadurch wird sichergestellt, dass Sie über neue Episoden benachrichtigt werden, sobald diese veröffentlicht werden. Wenn Sie also die Glocke nicht anklicken, werden Sie möglicherweise nicht über kommende Inhalte informiert. Bis gleich.

Bei mir zu Gast ist jetzt Trita Parsi. Er ist geschäftsführender Vizepräsident des Quincy Institute for Responsible Statecraft. Vielen Dank für Ihre Teilnahme, Trita.

Trita Parsi (TP): Vielen Dank für die Einladung.

TB: Ich möchte gleich zu dieser wichtigen Entwicklung von heute kommen: Saudi-Arabien und der Iran haben in Peking ein Abkommen unterzeichnet, das die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern vorsieht.

TP: Ja, eine erstaunliche Entwicklung. Sie wurde streng geheim gehalten. Es ist sehr wenig darüber an die Öffentlichkeit gedrungen. Es gab einige Andeutungen und es gab sicherlich eine Menge Bemühungen anderer Länder. Der Oman und der Irak haben in vielerlei Hinsicht den Grundstein für diese Vermittlung gelegt. Aber die Chinesen sind eingeschritten, haben die Angelegenheit zum Abschluss gebracht, und jetzt, nach sieben Jahren, werden die Saudis und die Iraner ihre Botschaften wieder eröffnen und es gibt eine Vereinbarung, sich nicht in die innenpolitischen Angelegenheiten des jeweils anderen einzumischen.

Ich denke, wir sollten etwas Bescheidenheit walten lassen und keine allzu großen Erwartungen in Bezug auf die unmittelbare Bedeutung dieses Abkommens hegen. Ich halte es dennoch für einen wichtigen positiven Schritt, denn die saudi-iranischen Spannungen waren eine wichtige Quelle der Instabilität in der Region und eine Triebkraft für andere Konflikte, vom Libanon über Syrien und den Irak bis hin zum Jemen, was vielleicht am wichtigsten ist. Das wird nicht automatisch bedeuten, dass diese Konflikte beendet werden, aber es kann positiv zu ihrer Beendigung beitragen.

TB: Treten wir einen Schritt zurück. Warum haben Saudi-Arabien und der Iran überhaupt beschlossen, die diplomatischen Beziehungen abubrechen? Ich glaube, das war im Jahr 2016. Was hat dazu geführt?

TP: Die Saudis hatten einen schiitischen Geistlichen hingerichtet, was Radikale in Teheran dazu veranlasste, die saudische Botschaft anzugreifen, wodurch es sehr schwer vorstellbar ist, dass dies nicht von einigen der extremen Elemente in der iranischen Regierung gebilligt, wenn nicht sogar unterstützt wurde. Die Saudis haben daraufhin verständlicherweise die Beziehungen zum Iran abgebrochen. In den letzten sieben Jahren haben sich die Beziehungen erheblich verschlechtert. Wir haben gesehen, wie die Saudis die Trump-Administration zum Ausstieg aus dem JCPOA [Joint Comprehensive Plan of Action] gedrängt haben. Später erlebten wir, wie die Iraner tatsächlich saudische Ölfelder angriffen, so dass es fast zu einer größeren militärischen Konfrontation gekommen wäre. Das ist einer der Gründe, warum beide Seiten den Konflikt beenden, denn diese Spannungen sind für beide Seiten von Nachteil, und sie sind offensichtlich auch für die Chinesen von Nachteil. Die Chinesen wollen und brauchen Stabilität am Persischen Golf aus eigenen politischen und vor allem wirtschaftlichen Gründen.

TB: Was bedeutet das für die Beziehungen oder die möglichen Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien? Denn ich denke, dass Israel die Hoffnung hegte, das Abraham-Abkommen auch mit Saudi-Arabien unterzeichnen zu können, zusätzlich zu den Abraham-Abkommen, die es mit Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterzeichnet hat. Ich bin sicher, dass diese neue Entscheidung, die Beziehungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien neu zu beleben, all dies in Frage stellt.

TP: Das scheint die israelische Sorge insofern zu sein, als dass ohne eine gemeinsame Feindseligkeit mit dem Iran sowie einem hohen Maß an Spannungen mit dem Iran die Grundlage für eine Annäherung zwischen Saudi-Arabien und Israel äußerst dünn ist. In dem Dokument, das die von [Jared] Kushner finanzierte Stiftung für das Abraham-Abkommen erstellt hat, wird sehr deutlich, dass verbesserte Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran eine Herausforderung für das Abraham-Abkommen darstellen. Das, was als Friedensabkommen bezeichnet wurde, erforderte also im Wesentlichen eine anhaltende Feindschaft auf der anderen Seite des Nahen Ostens. Meiner Meinung nach ist das kein Friedensabkommen und ich halte es für eine große Übertreibung, wenn die

Trump-Administration es als solches bezeichnet. Bestenfalls war es ein Waffengeschäft, das zwei andere Konflikte zementierte, einen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran und den anderen zwischen den Israelis und den Palästinensern.

Das saudische Kalkül mag ein anderes gewesen sein. Sie waren vielleicht der Meinung, dass sie, um eine Normalisierung mit Israel zu erreichen, zuerst eine Normalisierung mit dem Iran erreichen müssten. Aus ihrer Sicht geht es also nicht um ein Entweder-Oder. Aber die Reaktion der israelischen Regierung war eindeutig eine verärgerte und deutet wahrscheinlich auf die Auffassung der Israelis hin, dass ihre Hoffnung auf eine Normalisierung der Beziehungen zu Saudi-Arabien weiterhin eine Wunschvorstellung bleiben wird, die sie jedoch nicht verwirklichen können.

TB: Die Beziehungen Saudi-Arabiens zu anderen Weltmächten scheinen recht kompliziert zu sein. Sie erkennen an, dass sie in einer multipolaren Welt leben, in der nicht nur die USA ein globaler Hegemon sind. Ich frage mich, ob sie versucht haben, eine Botschaft an die Vereinigten Staaten zu senden, indem sie China dieses Abkommen aushandeln ließen. Es ist ziemlich bezeichnend, dass China die Verhandlungen geführt hat und nicht die USA, oder wollten sie es einfach nur über die Bühne bringen?

TP: Unabhängig davon, ob die Botschaft beabsichtigt war oder nicht, wurde eine Botschaft gesendet. Diese besteht darin, dass China jetzt im Nahen Osten, am Persischen Golf, als eine Macht auftritt, die den politischen Willen und die Fähigkeit hat, Konflikte zu schlichten. Die Chinesen haben sich in diesen Konflikten nicht auf eine Seite gestellt. Sie haben sich herausgehalten. Sie haben versucht, eine neutrale Position einzunehmen, und deshalb können sie auch vermitteln. Die Vereinigten Staaten haben zunehmend das Gegenteil getan. Die Vereinigten Staaten ergreifen zunehmend Partei, werden zu Mitstreitern in Konflikten und können daher nicht mehr als glaubwürdiger Vermittler angesehen werden. Hätten die Vereinigten Staaten ihre traditionelle Rolle, die zweifelsohne auch ihre Schwächen hatte, in größerem Umfang beibehalten, dann wären sie meiner Meinung nach jetzt nicht in der Situation, in der sie zähneknirschend zusehen, wie die Chinesen als Friedensstifter in der Region auftreten. Wenn dies zur Norm wird - zunächst einmal muss ich sagen, dass ich nicht glaube, dass dieses Abkommen in irgendeiner Weise eine Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellt, gleich, in welcher Weise oder Form. Stabilität am Persischen Golf ist eine positive Sache für die Vereinigten Staaten. Aber wenn dies zur Norm wird und die Länder in der Region den Eindruck gewinnen, dass die Vereinigten Staaten ein unflexibler Kriegstreiber und China ein flexibler Friedensstifter ist, dann ist dies nicht positiv für die Vereinigten Staaten. Zum Glück können die Vereinigten Staaten das leicht ändern. Sie könnten ihre eigene Politik ändern und dadurch wieder zu einem glaubwürdigen Friedensstifter werden. Sie sind nicht gezwungen, die Rolle zu übernehmen, die sie derzeit innehaben.

TB: Sie erklärten, dass dieses Abkommen die Interessen der USA nicht gefährdet und dass ein stabiler Naher Osten in der Tat vorteilhaft für die Welt und auch für die USA ist. Wie

werden die USA Ihrer Meinung nach nun mit Saudi-Arabien verhandeln oder umgehen? Werden sie andere Aspekte in Betracht ziehen oder ihren Ansatz in irgendeiner Weise ändern?

TP: Bisläng hat sich gezeigt, dass die Saudis bzw. der Kronprinz in Saudi-Arabien die Vereinigten Staaten weiterhin demütigen und verärgern. Die Vereinigten Staaten unter [Joe] Biden versuchen weiterhin, den saudischen Kronprinzen zu beschwichtigen und ihm gegenüber nachgiebig zu sein. Das hat bisher eindeutig nicht funktioniert, selbst als die Vereinigten Staaten sagten, dass sie den Preis einfordern würden für die Einmischung der Saudis in die US-Wahlen durch die Manipulation des Ölmarktes. Die Saudis erfuhren jedoch keine Konsequenzen für ihr Handeln. Ich habe den Eindruck, dass die Regierung Biden von der Vorstellung, ein Abraham-Abkommen zwischen Israel und Saudi-Arabien erzielen zu können, so angetan ist und dies als etwas ansieht, das ihren Namen in die Geschichtsbücher bringen würde, dass sie nicht nur viel Interesse, sondern auch viel Logik bei der Gestaltung ihrer Beziehungen zu Saudi-Arabien geopfert hat.

TB: Glauben Sie, dass dieser Wandel zu einer verstärkten Unterstützung der Palästinenser durch die saudische Seite führen wird? Wie wird sich diese Vereinbarung mit dem Iran über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen auf den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern auswirken?

TP: Ich sehe nicht, dass die Saudis sich in besonderer Weise engagieren. Ich denke, ihre Haltung würde sich ändern, wenn die derzeitige Instabilität und die Morde, die in der Region stattfinden - wobei Siedler Palästinenser angreifen und das israelische Militär diese Pilgerüberfälle durchführt -, wenn sich dies weiter verschärft, werden die Saudis zu einem Handeln oder einer Stellungnahme gezwungen sein. Aber wenn man die Haltung vieler Länder in der Region mit der von vor 20 Jahren vergleicht, dann sieht man, dass die Gewalt in Israel und Palästina derzeit sehr hoch ist, vor allem gegen die Palästinenser, und die Art und Weise, wie sich diese Länder dagegen wehren, sehr zurückhaltend ist.

TB: Kommen wir auf Israel zu sprechen, denn dort gibt es im Moment eine Menge Unruhen. Es gab große Proteste gegen den Plan der Regierung von Benjamin Netanjahu, die eigene Demokratie zu untergraben, weil sie ein System vorschlägt, in dem das israelische Parlament, die Knesset, in der Lage wäre, Urteile des Obersten Gerichtshofs mit einer Stimme Mehrheit zu überstimmen. Die israelische Knesset hat, glaube ich, 120 Stimmen. Wenn es also einen Sachverhalt gibt, bei dem die Knesset 61 Stimmen hat, wäre sie in der Lage, eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zu kippen, und das stellt eine Vielzahl von Aspekten in Frage, z. B. die Behandlung der besetzten Gebiete, die Pressefreiheit, oder auch Israels mögliche künftige Angriffe auf den Iran. Es gibt noch viele andere Dinge, die mit dieser rechtsgerichteten Regierung geschehen. Ich frage mich, wie sich diese Versuche, die Rolle der Justiz zu untergraben und die israelische Demokratie zu unterminieren, in potenziell mehr Gewalt oder Aggression gegenüber dem Iran niederschlagen werden?

TP: Das Risiko besteht zweifelsohne, denn Netanjahu ist in die Enge getrieben, da sich die israelische Gesellschaft massiv gegen seinen Versuch wehrt. Wir haben beobachtet, wie sich sowohl Elemente des Militärs als auch der Polizei zu Wort gemeldet haben, was nicht ihrer traditionellen Rolle entspricht. Wir sehen, wie demokratische Gesetzgeber in Washington, die sonst Israel nur äußerst ungern öffentlich kritisieren, sehr offen ihre Besorgnis über die Entwicklung Israels zum Ausdruck bringen sowie darüber, ob die Beziehungen so solide bleiben können, wie sie derzeit sind, sollte sich Israel in eine antidemokratische Richtung bewegen.

In Anbetracht all dessen ist es nicht undenkbar, dass Netanjahu mit einem Schlag gegen den Iran oder einer Art Konflikt mit den Iranern einen politischen Ausweg aus dieser Krise sieht. So etwas kommt natürlich nicht aus heiterem Himmel, wenn man bedenkt, dass Netanjahu schon seit langem auf ein militärisches Vorgehen gegen den Iran drängt. Natürlich hat er es vorgezogen, dass die Vereinigten Staaten dies tun und nicht Israel. Kombiniert man dies mit einigen Botschaften der Biden-Regierung, wird es noch besorgniserregender, denn die traditionelle Position der Vereinigten Staaten war, dass sie gegen einen Krieg Israels mit dem Iran sind, weil ein solcher Krieg höchstwahrscheinlich eine nukleare Aufrüstung des Iran zur Folge hätte. Das wäre sehr nachteilig für die pro-demokratischen Kräfte und all die Menschen, die in den letzten Monaten so tapfer im Iran protestiert haben. Er würde die Vereinigten Staaten wahrscheinlich in einen Krieg hineinziehen, den die Vereinigten Staaten nicht führen wollen.

Selbst die Regierung Bush Junior wehrte sich dagegen. Als der Eindruck entstand, die Vereinigten Staaten hätten Israel die Erlaubnis für einen Angriff auf den Iran erteilt, sagte Präsident [Barack] Obama selbst gegenüber CNN: "Wir haben den Israelis absolut kein grünes Licht gegeben." Damit wurde eine solche Auffassung eindeutig widerlegt. Nun hat der amerikanische Botschafter in Israel jedoch bei zwei Gelegenheiten erklärt, dass Israel die notwendigen Schritte unternehmen wird und die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten hat. Die Regierung Biden hat diese Erklärungen nicht klargestellt oder zurückgenommen und auch nicht deutlich gemacht, dass dies nicht die Politik der Vereinigten Staaten ist. Wir wissen, dass Netanjahu in der Vergangenheit mindestens zweimal kurz vor der Anordnung einer Steuer gegen den Iran stand. Ein wichtiger Grund, warum er dies nicht tat, war seine Angst vor den Folgen für die Beziehungen zwischen den USA und Israel. Wenn die Regierung Biden signalisiert, dass man hinter der Entscheidung steht, dann kann sich das bei der nächsten Debatte der Israelis, ob man jetzt einen Krieg beginnen soll, sehr schnell ändern.

TB: Aber es erscheint mir völlig absurd, dass die Vereinigten Staaten auch nur den Gedanken hegen würden, Israel in einem möglichen Krieg oder Konflikt mit dem Iran zu unterstützen. Sie sind militärisch so überfordert, betrachtet man all die Konflikte, in die sie auf der ganzen Welt verwickelt sind, vor allem wenn es um Waffenlieferungen an die Ukraine geht sowie um eine mögliche Verwicklung in einen künftigen Konflikt mit China um Taiwan. Es ist einfach

Wahnsinn, dass sie so etwas Irrationales und Unüberlegtes überhaupt in Erwägung ziehen würden.

TP: Die Kalkulation Bidens könnte möglicherweise darin bestehen, dass die USA gerade wegen der von Ihnen genannten Faktoren überfordert sind. Sie sind tief in der Ukraine involviert. Aber deshalb wollen sie den Iranern signalisieren, dass sie auch militärisch gegen sie vorgehen können, um sie abzuschrecken. Aber selbst wenn das die Absicht ist, heißt das nicht, dass es sich nicht um eine massive Fehlkalkulation handeln könnte. Letzten Endes bedeutet die Auslagerung dieser Entscheidung an die Israelis, wie sie Botschafter [Tom] Nides mit seinen Kommentaren vorgenommen hat, dass die Entscheidung aus den Händen der Amerikaner in die Hände der Israelis gelegt wird. Das israelische Kalkül könnte sich grundlegend von dem der Vereinigten Staaten unterscheiden. Dies ist also ein eher überraschendes Ereignis und eine überraschende Entwicklung. Nicht einmal die Trump-Administration tat dies. Die Reaktionen in Washington waren meiner Meinung nach nicht entschlossen genug. Obwohl es viele Organisationen gab, die sich dagegen ausgesprochen haben. Erst Anfang dieser Woche wurde ein Brief verschickt. Meine Organisation, das Quincy Institute, war Teil dieser Bemühungen. Fünfundvierzig Organisationen schickten ein Schreiben an die Regierung Biden, in dem sie ihn aufforderten, diese Äußerungen zurückzunehmen, und zwar genau aus den Gründen, die ich gerade genannt habe.

TB: Ich könnte mir vorstellen, dass die von Ihnen erwähnten Organisationen sowie das Quincy Institute durch den jüngsten Bericht von Ken Klippenstein in The Intercept sehr beunruhigt sind, in dem er enthüllt, dass die USA 2019 einen Notfallplan oder betrügerischen Strategieplan entwickelt haben, der im Grunde die Grundlage für einen Angriff auf den Iran bilden würde, und dass sie kürzlich auch gemeinsame Militärübungen mit Israel koordiniert haben. Das ist wirklich beunruhigend. Bedeutet das, dass die USA unter der Trump-Regierung einem Angriff auf den Iran und einem Krieg mit dem Iran so nahe gekommen sind?

TP: Tatsächlich war es so. Es gab zwei Momente, in denen die Länder nur 10 Minuten davon entfernt waren, in einen vollständigen Konflikt miteinander zu geraten. Ich denke, dass die Regierung Biden auch hier keinen Krieg anstrebt, sondern eine Politik verfolgt, die sie immer näher an einen Krieg heranführt. Einerseits könnte man einige dieser Signale als Versuch interpretieren, den Iran abzuschrecken. Man könnte sie aber auch als Zeichen der Verzweiflung deuten, dass wir keine anderen Druckmittel mehr haben, so dass uns nur noch dieser maximale Druck bleibt, der unter der Regierung Biden aus dem Ruder gelaufen ist und bei dem wir jetzt auch diese Art von militärischen Drohungen einsetzen werden. Das ist sehr besorgniserregend, denn so wird es immer schwieriger, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Natürlich haben die Iraner es sich selbst auch nicht gerade leichter gemacht. Sie tragen meiner Meinung nach ebenso viel Schuld an diesem Szenario wie die herausfordernde Politik der Regierung Biden. Ich denke dabei vor allem an ihre

Unterstützung für Russland und ihre massive Unterdrückung im eigenen Land. Das hat die Kosten für die Biden-Administration, sich in der Diplomatie zu engagieren, erheblich erhöht. Aber selbst wenn wir jetzt keine Diplomatie betreiben, sollten wir nicht aktiv handeln, um die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation zu erhöhen.

TB: Die iranische Regierung hat sich in letzter Zeit keinen Gefallen getan, insbesondere mit Berichten, dass sie Uran auf 84 % anreicherte. War das ein Zufall oder beabsichtigt?

TP: Ausgehend von den Aussagen der IEA [Internationale Energieagentur] hat es den Anschein, dass es sich nicht um eine systematische Maßnahme handelte. Es war keine Maßnahme zur Anhäufung von 84 %, was bedeuten würde, dass sie einen Vorrat anlegen würden. Dies lässt vermuten, dass es sich entweder um einen Versuch handelte, um zu sehen, wie effektiv die IEA die Iraner im Falle von Betrugsversuchen überführen kann. Vielleicht war es ein Versuch, tatsächlich zu betrügen, und dann wurden sie erwischt, oder es war einfach ein Unfall. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass die Anreicherung manchmal über das Ziel hinausschießt. Auch hier gilt, dass es sich um eine sehr geringe Menge handelt - nur ein Beispiel, welches auf die aktuelle Situation zutrifft. Wir werden es nie mit Sicherheit wissen, und an dieser Stelle müssen die Iraner die Welt davon überzeugen, dass es sich nur um einen Unfall gehandelt hat. Nur das kann Erfolg haben. Die Bemühungen, dieses Vertrauen zu schaffen, können nur dann erfolgreich sein, wenn die Iraner weitaus transparenter sind, als sie es derzeit sind, und die Inspektionen wieder zulassen. Die Einigung Grossis mit Teheran Anfang letzter Woche war ein Schritt in diese Richtung.

TB: Rafael Grossi, Leiter der IAEA [Internationale Atomenergie-Organisation], erklärte vergangene Woche, dass der Iran anscheinend wieder bestimmte Überwachungskameras in seinen Anlagen installiert, wenn ich es richtig verstanden habe. Ist das ermutigend?

TP: Ja, das ist wahr. Das ist ein sehr wichtiger Schritt. Es wird 50 Prozent mehr Inspektionen geben. Das ist sehr, sehr wichtig, denn anstatt Spekulationen darüber anzustellen, ob es sich um einen Unfall handelt, ob sie mehr produzieren usw. - durch Inspektionen werden wir es tatsächlich wissen. Wenn wir das erfahren, dann können wir, falls es ein Unfall war, mit dem Alltag fortfahren. Wenn es kein Unfall war, dann gibt es offensichtlich andere Maßnahmen, die ergriffen werden müssen. Inspektionen sind absolut unerlässlich, um Vertrauen aufzubauen und letztlich auch, um Fehleinschätzungen zu vermeiden, die sonst auftreten können.

TB: Eine letzte Frage: Der Iran erklärte vor kurzem, dass er in seinem Land riesige Lithiumvorkommen gefunden hat, die denen Chiles, das meines Wissens über die größten Lithiumreserven der Welt verfügt, in nichts nachstehen. Wie würde dies die geopolitische Lage des Landes verändern, wenn es tatsächlich wahr ist?

TP: Jedes Mal, wenn ein Land ein bedeutendes Vorkommen an seltenen Metallen in seinen Bergen entdeckt, oder wenn es sich um Energie handelt, steigen die geopolitischen Kosten für sein Territorium. Das bringt in der Regel auch Kopfschmerzen mit sich. Es ist nicht ungewöhnlich, dass viele Iraner behaupten, dass all das Öl unter der Erde kein Segen sei, sondern ein Fluch.

TB: In diesem Sinne, vielen Dank für Ihre Zeit, Trita.

TP: Vielen Dank für die Einladung.

TB: Trita Parsi ist stellvertretender Vorsitzender des Quincy Institute for Responsible Statecraft. Vielen Dank und danke, dass Sie theAnalysis.news verfolgen. Bitte besuchen Sie unseren YouTube-Kanal und aktivieren Sie die Glocke, damit Sie keine neuen Inhalte verpassen. Wenn Sie die Glocke nicht anklicken, werden Sie möglicherweise keine neuen Beiträge auf YouTube sehen und Sie könnten viele Inhalte verpassen. Bitte besuchen Sie unsere Website und betätigen Sie die Spendentaste in der oberen rechten Ecke des Bildschirms. Ohne Sie können wir diese Arbeit nicht machen, also vielen Dank.

ENDE